

Gemeinsame Erklärung der Personalräte der kreisfreien Städte Cottbus, Frankfurt/Oder und Brandenburg an der Havel zur geplanten Kreisgebietsreform

Mit dem Abschlussbericht der Enquete-Kommission 5/2 des Landtages Brandenburg „Kommunal- und Landesverwaltung – bürgernah, effektiv und zukunftsfest – Brandenburg 2020“ im Oktober 2013 gab es keine abschließende Empfehlung zum Erhalt der kreisfreien Städte. Die Entscheidung, wie viele und welche der kreisfreien Städte es künftig im Land Brandenburg geben soll, wird in den kommenden Jahren entschieden.

Die gemeinsame Sorge um den Verlust der Kreisfreiheit führte am 25.03.2015 die Personalräte der Städte Cottbus, Frankfurt/Oder und Brandenburg an der Havel zu einer Beratung in Frankfurt/Oder zusammen. Die Personalräte kennen das Potential ihrer Stadtverwaltungen und befürchten hier eine enorme Verschlechterung der Qualität des öffentlichen Dienstes für die Bürgerinnen und Bürger bei einer Zerschlagung der Strukturen und Zuständigkeiten der kreisfreien Städte.

Insbesondere wurde festgestellt, dass in Auswertung der drei vorliegenden Gutachten der Landesregierung viele Fragen zur nachhaltigen Entwicklung von Städten und Gemeinden im Land Brandenburg offenen blieben.

Die Personalräte der 3 kreisfreien Städte erklärten ihren gemeinsamen Willen, sich engagiert und kompetent in die Diskussion einzubringen und verabschiedeten folgende Erklärung:

Wir schließen uns gemeinsam den Erklärungen unserer Stadtverordnetenversammlungen aus dem Oktober 2014 an und fordern das Land Brandenburg aus, einen ergebnisoffenen demokratisch geprägten Leitbildprozess zu gestalten. Ziel muss es sein, diesen Prozess zu nutzen, um offene Fragen kontrovers zu diskutieren und gegebenenfalls auch den Mut aufzubringen, von bisherigen Standpunkten abzuweichen und sich im Interesse der Bürgerinnen und Bürger u.a. auch für den Erhalt der Kreisfreiheit der Städte Cottbus, Frankfurt/Oder und Brandenburg an der Havel einzusetzen.

Wir erklären, insbesondere unsere Oberbürgermeisterin und unsere Oberbürgermeister beim Kampf um den Erhalt der Kreisfreiheit weiterhin tatkräftig zu unterstützen und zum Erreichen dieses Ziels weiter zusammenzuarbeiten.